

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at

SPÖ

Aktuelle

12. Juni 2009 · Nr. 24 · 0,73

*Gastkommentar vom Leiter des
ÖGB-EU-Büros, Oliver Röpke*



**SPÖ wird weiterhin
für soziales Europa
kämpfen!**

Europa hat gewählt – und es war ein schmerzlicher Tag für die Sozialdemokratie. In fast ganz Europa mussten die Genossinnen und Genossen Niederlagen einstecken. Das traurige Ergebnis für die SPÖ ist daher nicht als ein Wahlergebnis zu sehen, das Rückschlüsse auf die nationalen Parteien zulässt. Trotzdem ist bei einem Minus von annähernd 10 Prozent Analyse angesagt. SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann hat bereits klar gemacht, dass die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Ziele der SPÖ noch deutlicher gemacht werden muss.

Die EU-Kommission hat der Verlängerung der Übergangsfristen bezüglich der Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes zugestimmt – ein Erfolg von Sozialminister Rudolf Hundstorfer!

Eine Voraussetzung für den gleichberechtigten Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt ist, dass mehr Väter ihren Teil der Kinderbetreuung übernehmen. Dazu ein Interview mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

EU-Wahl-Ergebnisse	4
WählerInnenstromanalyse	6
Neuer EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried	6
Europa – Quo vadis?	7
Arbeitsmarkt	8
Gastkommentar vom Leiter des EU-Büros des ÖGB, Oliver Röpke ...	14

PRODUKTPIRATERIE

Vor gefälschten Produkten schützen

Der Kauf von Fälschungen wird von vielen KonsumentInnen oft als „Kavaliersdelikt“ abgetan oder nur unter dem Gesichtspunkt der Geldersparnis für vermeintlich günstige „Schnäppchen“ gesehen. Was dabei vielfach nicht bedacht wird, ist, dass Plagiate auch eine ernste Bedrohung für die Gesundheit und die Sicherheit der VerbraucherInnen darstellen. SPÖ-Finanzstaatssekretär Schieder warnte bei der Präsentation des Produktpiraterieberichts 2008 besonders davor, Plagiatsmedikamente aus dem Internet zu erwerben. Schieder forderte, das Bewusstsein der Menschen so zu schärfen,

dass sie keine gefälschten, mit Schadstoffen verunreinigten, über- oder unterdosierte oder überhaupt wirkungslosen Medikamente erwerben.



Schieder: „Müssen Menschen vor Plagiaten schützen!“

THEMEN DER WOCHE



Bildungsministerin Claudia Schmied

BMUKK

Standardisierte Matura: Verhandlungen haben begonnen

Mit der UG-Novelle und der neuen standardisierten Matura stehen zwei große bildungspolitische Projekte kurz vor dem Abschluss. Bildungsministerin Claudia Schmied hat jetzt die Debatte in Sachen standardisierte Matura in Schwung gebracht. Bereits letzten Dienstag fand – mit ÖVP-Bildungssprecher Amon – die erste von mehreren Verhandlungsrunden statt. Schmied hatte zuletzt klargestellt, dass sie sich von der ÖVP ein „klares Bekenntnis“ zur neuen Matura erwartet, die ein Instrument zur einheitlichen Qualitätssicherung ist.

Internationale Insolvenzen 2008

Veränderung zu 2007 in %		
ESP	2.528	187
IRL	699	123
ÖST	6.315	0,3
W-Europa	149.766	17
O-Europa	34.200	47

Quelle: APA/KSV1870 | Grafik: SPÖ

Gute Note bei Insolvenzstatistik

Laut internationaler Insolvenzstatistik 2008 liegt Österreich mit einem Anstieg der Insolvenzen um 0,3 Prozent deutlich unter dem westeuropäischen Durchschnitt, der bei 17 Prozent, in Osteuropa gar bei 47 Prozent liegt. Am stärksten haben die Pleiten in Westeuropa in Irland mit plus 123 Prozent und in Spanien mit plus 187 Prozent zugenommen.

Zitat der Woche

„Es gibt Menschen, über die äußere ich mich, der gehört nicht dazu.“

Martin Schulz, Fraktionschef der SozialdemokratInnen im EU-Parlament, über HPM



SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist, Vera Lischka und BSO-Präsident Peter Wittmann.

Gemeinsamer Kampf gegen Doping

Auf Initiative des SPÖ-Sportsprechers Hermann Krist fand das bereits zweite SportsprecherInnen-Meeting statt. „Dieses überregionale Meeting dient vor allem der Vernetzung und Information hinsichtlich der geplanten Verbesserungen im Kampf gegen Doping“, so Krist. Mit ihrer Unterschrift für das „Manifest für sauberen Hobbysport“ setzten die TeilnehmerInnen des Meetings ein klares Zeichen für ein gemeinsames Vorgehen im präventiven Kampf gegen Doping über den Spitzensport hinaus. Krist fordert zudem eine effiziente Nachfolge für die SOKO Doping und mehr Unterstützung für die Nationale Anti-Doping Agentur (NADA).



STANDPUNKT

Vorwärts!

Die europäische Sozialdemokratie musste bei den Wahlen zum Europäischen Parlament eine herbe Niederlage einstecken. Anstatt jetzt die Wunden zu lecken, muss der Blick nun nach vorn gerichtet werden.



Zinner

Unsere WählerInnen sind besonders kritisch und verlangen zu Recht von uns, dass wir zeigen, was wir in Europa umsetzen können und umsetzen wollen – nicht nur im Wahlkampf sondern besonders auch danach.

Egal ob in England, Spanien, Deutschland oder Österreich: Der vergangene Wahlsonntag war für SozialdemokratInnen in ganz Europa ein schmerzliches Ereignis. Es sind nun bei dieser Wahl europaweit jene gestärkt worden, die die derzeitige Krise mitverursacht haben. So paradox das scheinen mag, muss es für uns nun heißen, noch vehementer für unsere Anliegen einzutreten. Eines ist klar: Wir werden weiterhin mit aller Kraft für die Gestaltung eines sozial gerechten Europa eintreten. Es sind jetzt glasklare Konzepte gefragt, wie unser Europa der Zukunft ausschauen soll und vor allem, wie wir diese Idee auch den Menschen kommunizieren können. Unsere WählerInnen sind besonders kritisch und verlangen zu Recht von uns, dass wir zeigen, was wir in Europa umsetzen können und umsetzen wollen – nicht nur im Wahlkampf sondern besonders auch danach. Viel zu lange haben wir das Projekt EU kritiklos

als gegeben genommen. Wir sind EuropäerInnen und deshalb fordern wir mehr denn je ein anderes Europa. Die kritische Linie gegenüber einer EU, die bürgerfern und neoliberal ist, ist die richtige. Ja, wir sind EuropäerInnen, aber nein, wir wollen ein anderes Europa. Ein soziales Europa der gerechten Verteilung.

Wenn es der europäischen Sozialdemokratie in Krisenzeiten nicht gelingt, das Vertrauen der EuropäerInnen in ausreichendem Ausmaß zu erlangen, dann müssen wir unsere Botschaften und die Art, wie wir sie transportieren, einer kritischen Überprüfung unterziehen. Dabei sind wir einer Gratwanderung ausgesetzt, die wir nichtsdestotrotz bewältigen müssen. Einerseits hält sich das Interesse der Bevölkerung für die Geschehnisse und Entwicklungen in Brüssel und Straßburg in Grenzen, andererseits wird eben dort über die Zukunft unseres gemeinsamen Europas entschieden.

„Der Auftrag an uns ist eindeutig. Vorwärts. Ärmel aufkrempeln und das tun, was die Sozialdemokratie seit Anbeginn erfolgreich gemacht hat: Dorthin gehen, wohin es auch weh tut.“

Der Auftrag an uns ist eindeutig. Vorwärts. Ärmel aufkrempeln und das tun, was die Sozialdemokratie seit Anbeginn erfolgreich gemacht hat: Dorthin gehen, wo es auch weh tut. Von Lissabon bis Riga, von Stockholm bis Rom, von Bregenz bis Eisenstadt: Wir werden keine Diskussion mit den Menschen scheuen. Wir müssen zuhören und den konkreten Problemen der Menschen mit klaren Konzepten und Lösungen begegnen. Dieser Weg wird kein leichter sein, aber er ist der einzig richtige. Als SozialdemokratInnen sind wir seit unseren Anfängen Teil einer internationalen Bewegung. Dem Rückschlag bei diesen Wahlen muss auch international begegnet werden. Dafür muss die Sozialdemokratie ein europäisches Programm erarbeiten, das die Entwicklung hin zu einem Europa der Beschäftigung, der sozialen Mindeststandards, des Wohlstandes und der gerechten Verteilung in einer Art und Weise definiert, dass sie von den Menschen auch klar verstanden werden. Wir österreichischen SozialdemokratInnen werden unseren Beitrag dazu leisten.

Ich bin mir bewusst, dass sich das alles momentan nicht leicht liest, da der Schock vom Wahlsonntag uns allen noch tief in den Gliedern steckt, aber wir haben gemeinsam Wahlen gewonnen und gemeinsam Wahlen verloren. Gemeinsam, weil wir mehr sind als eine Partei. Wir sind eine Bewegung, die antritt, um die Welt zu verändern. Dafür brauchen wir auch weiterhin Dein Engagement und Deine Mitarbeit, für die ich mich bei dieser Gelegenheit herzlich bedanke. ♦

EU-WAHL 2009

Schmerzliche Niederlage

Die Wahlen zum Europäischen Parlament bescherten der SPÖ und der PES herbe Verluste.



So wie bei SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda war am Wahlsonntag die Enttäuschung für viele europäische SozialdemokratInnen groß. Jetzt heißt es, analysieren und nach vorne zu blicken.

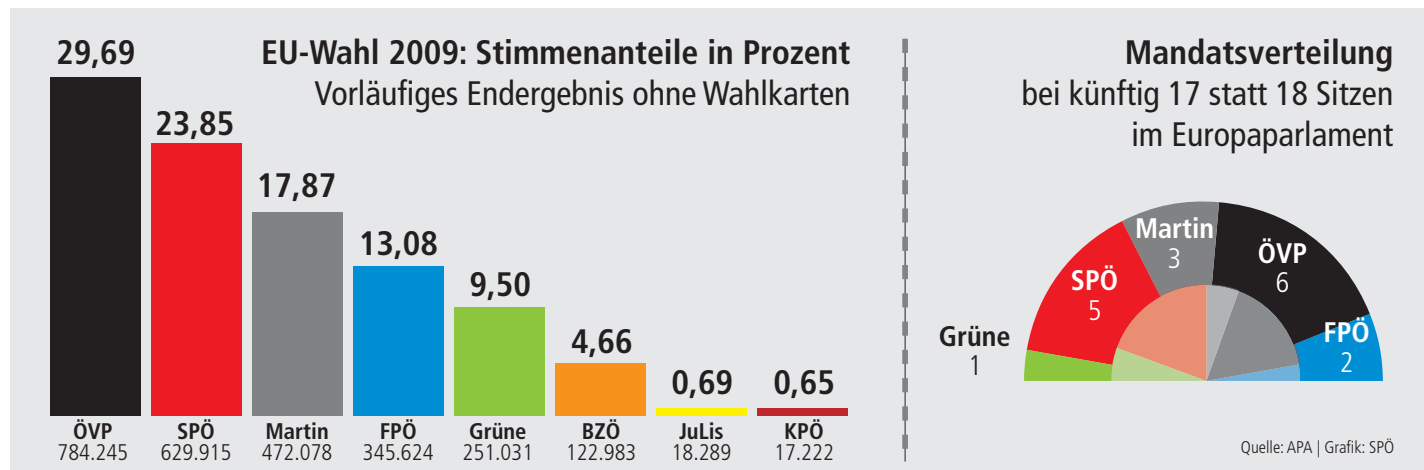
Europaweit erlitten SozialistInnen und SozialdemokratInnen schmerzliche Verluste: Die Sozialdemokratische Partei Europas (PES) wird nach Hochrechnungen künftig nur noch über 163 Sitze im EU-Parlament verfügen, das sind rund 22 Prozent der zu vergebenen Mandate. Bisher stellte sie 28 Prozent der EU-

Abgeordneten. Dagegen konnten die Konservativen in Europa (EVP), zu denen auch die ÖVP gehört, trotz Abspaltung der britischen Konservativen und der tschechischen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) mit 36,3 Prozent der Sitze ihr Ergebnis von 2004 in etwa halten. Der Fraktionschef der SozialdemokratInnen im EU-Parlament,

Zinner Martin Schulz, erklärte: „Das ist ein sehr trauriger Abend für die Sozialdemokratie in Europa.“ EU-weit konnten die SozialdemokratInnen nur in fünf EU-Staaten, etwa in Griechenland und der Slowakei, Siege erzielen. Vor allem in den großen Mitgliedstaaten erlitten die SozialdemokratInnen herbe Verluste: In Deutschland fuhr die SPD ihr schlechtestes bundesweites Ergebnis seit Kriegsende ein, in Frankreich stürzten die SozialistInnen gegenüber der letzten Europawahl 2004 um zwölf Prozentpunkte auf 16,8 Prozent ab. Die Labour-Partei des politisch schwer angeschlagenen britischen Premierminister Gordon Brown landete ersten Teilergebnissen zufolge bei 15,4 Prozent, 2004 hatte sie noch 21,9 Prozent der Stimmen geholt.

Rasmussen: Starkes Konjunkturprogramm notwendig

Zwar wird die PES auch im neuen Europaparlament die zweitstärkste Kraft hinter der EVP stellen. Doch der Abstand zwischen den beiden Fraktionen hat sich deutlich vergrößert. Von den 375 Millionen Wahlberechtigten in der EU machten nur 43,55 Prozent von ihrem Stimmrecht Gebrauch – das ist ein historischer Tiefstand, der vor allem EU-kritischen Parteien zugute kam – wie der britischen UKIP, die für einen Austritt Großbritanniens aus der EU eintritt. Der Vorsitzende der Europäischen SozialdemokratInnen, Poul Nyrup Rasmussen, erklär-



für die Sozialdemokratie

te, dass bei den EU-Wahlen die Tendenz zu beobachten ist, dass „extrem rechte Parteien, Populisten und Nationalisten“ zulegen. „Auch Parteien links von uns profitieren“, fügte er an. Rasmussen betonte, dass angesichts der Wirtschaftskrise ein „starkes Konjunktur-Programm“ notwendig sei. Auch dafür werde sich die PES einsetzen. „Die nächsten Tage und Wochen werden weisen, ob unsere Ziele realisierbar sind. Das wird eine schwierige Aufgabe, aber mit Herz und Hirn können wir es schaffen“, sagte Rasmussen.

Swoboda: SPÖ wird weiterhin für sozialeres Europa eintreten

„Wir werden auch weiterhin für ein sozialeres Europa eintreten“, betonte SPÖ-Spitzenkandidat und stv. Fraktionschef der SozialdemokratInnen im europäischen Parlament Hannes Swoboda. Er konstatierte, dass das Hauptproblem für die SPÖ, aber auch für die Sozialdemokratie in Europa, die „schwierige Grätsche“ darstellte, einerseits für Europa zu sein, andererseits für ein anderes Europa einzutreten. Daraus gelte es zu lernen, dass die Sozialdemokratie „noch viel stärker mit den Menschen redet“, analysierte Swoboda.

Faymann: Müssen Engagement gegen steigende Arbeitslosigkeit verstärken

Für SPÖ-Vorsitzenden, Bundeskanzler Werner Faymann ist nach dem enttäuschenden Wahlergebnis von 23,8 Prozent und einem Minus von 9,5 Prozent klar: „Die richtige Haltung der SPÖ für eine stärkere

soziale Union mit besseren ArbeitnehmerInnenrechten, für eine stärkere Ökologisierung und für mehr BürgerInnennähe darf sich nicht ändern.“ Aber: „Wir müssen unser Engagement und Auftreten gegen steigende Arbeitslosigkeit und die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise verstärken, weil nur ein sozial gerechtes Europa sozialen Frieden sichert und damit die Basis für ein friedliches Zusammenleben in Europa ist. Deshalb heißt es für uns: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Wir müssen alles tun, um die Menschen zu überzeugen.“ Die Regierungsarbeit werde beweisen, dass die Wahlversprechen eingehalten werden und Maßnahmen für Beschäftigung im Vordergrund stehen.

Kräuter: Europa geht uns alle an

„Das Ergebnis der EU-Wahl ist eine schmerzhaft Niederlage für die Sozialdemokratie. Es ist uns nicht in ausreichendem Ausmaß gelungen, unsere WählerInnen zu überzeugen, wie wichtig die EU und die Entscheidungen, die dort getroffen werden, sind“, stellte SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter zum Ergebnis der EU-Wahlen fest. Vor allem der Erfolg der Populisten und Rechtspopulisten in Europa ist ein Alarmsignal. Aus Sicht der SPÖ ist es jedenfalls klar, mit aller Vehemenz gegen Rechtsradikalismus aufzutreten. Angesichts der geringen Wahlbeteiligung muss ganz genau überlegt werden, wie das „Projekt Europa“ den Menschen näher gebracht werden kann. Kräuter: „Europa geht uns alle an – umso trauriger, wenn sich die Menschen nicht angesprochen fühlen und nicht mitentscheiden wollen.“ ♦

PRESSESTIMMEN

Internationale Pressestimmen

„El Pais“ (Madrid)

„Die Mehrheit der Europäer hat für die Zusammensetzung des neuen Europaparlaments kein Interesse gezeigt. Diejenigen, die bei der Wahl doch ihre Stimme abgaben, verhalten der Rechten zu einem klaren Sieg über die sozialdemokratische Linke. Auch die Euro-Skeptiker stärkten ihre Position. Die Beteiligung der Wähler an den Europawahlen war schon immer gering geworden. Aber das Desinteresse nimmt alarmierende Ausmaße an.“

„Le Monde“ (Paris)

„Wenn die Nichtwähler die Abwesenheit des institutionellen Europas in der Krise bestrafen wollten, dann haben sie sich in der Zielscheibe geirrt. Nicht das Parlament hat Schuld, sondern der Präsident der EU-Kommission, der Portugiese Jose Manuel Barroso, dem jedes politische Charisma und jede wirtschaftliche Phantasie fehlt. Und ihn wollen die EU-Regierungen für ein zweites Mandat an der Spitze der EU-Kommission vorschlagen. Das ist eine schlechte Nachricht für Europa.“

„Neue Zürcher Zeitung“ (Genf)

„EU-Wahlen folgen ihren eigenen Gesetzen, und ihre Ergebnisse sind nicht ohne weiteres auf nationale Urnengänge übertragbar. Dies gilt besonders da, wo sie dazu benutzt werden, den Parteien oder ihren Exponenten Denkkzettel zu verteilen.“

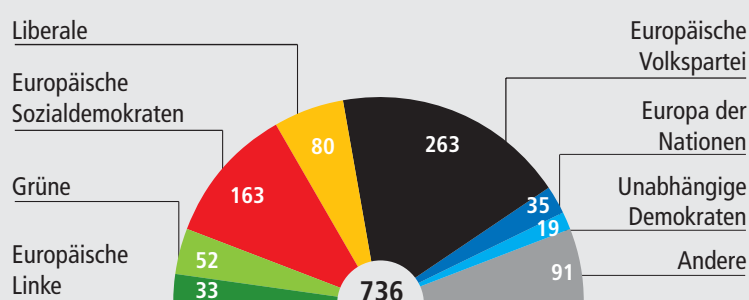
ZUM THEMA

Der Lissaboner Vertrag bringt zwei zusätzliche Mandate

Schon im Herbst könnte sich die Zusammensetzung der österreichischen EU-Delegation wieder ändern. Nach derzeitigem Stand sieht es ganz danach aus, dass die Iren im zweiten Anlauf – als allerletztes Volk – dem Lissaboner Vertrag doch noch zustimmen könnten. Bei einem irischen Ja würde der EU-Reformvertrag Anfang Jänner 2010 in Kraft treten.

Der Lissaboner Vertrag sieht für Österreich statt der heute 17 Mandate künftig 19 Sitze im EU-Parlament vor. Die SPÖ könnte dann ein Mandat zurückholen.

Europäisches Parlament – vorläufige Sitzverteilung



Quelle: Europaparlament | Grafik: SPÖ

WÄHLERINNENSTRÖME

Niedrige Wahlbeteiligung schwächt SPÖ

Nur 23,85 Prozent der ÖsterreicherInnen wählten bei der EU-Wahl die SPÖ. Doch wohin sind die Stimmen gewandert? Die WählerInnenstromanalyse gibt Aufschluss.

Wählerstromanalyse EU-Wahl 2009

	SPÖ '09	ÖVP '09	Martin '09	Grüne '09	FPÖ '09	BZÖ '09	Sonst. '09	Nichtw. '09	Summe '04
SPÖ '04	64%	2%	9%	1%	3%	2%	0%	18%	100%
ÖVP '04	1%	82%	3%	1%	2%	2%	0%	8%	100%
Martin '04	4%	5%	61%	2%	16%	4%	0%	9%	100%
Grüne '04	11%	12%	6%	56%	1%	1%	2%	11%	100%
FPÖ '04	3%	5%	8%	1%	50%	18%	0%	15%	100%
Sonst. '04	5%	0%	7%	12%	0%	5%	57%	15%	100%
Nichtw. '04	2%	3%	4%	2%	5%	1%	0%	82%	100%

Quelle: SORA, Grafik: SPÖ

Die WählerInnenstromanalyse zeigt, dass 64 Prozent jener WählerInnen, die bereits 2004 SPÖ gewählt haben, jetzt wieder der SPÖ die Stimme gegeben haben. Zwei Prozent sind zur ÖVP gewechselt, 18 Prozent in das Lager der NichtwählerInnen.

Die eher geringe Wahlbeteiligung von 42,42 Prozent (vor Wahlkarten) hat der SPÖ am meisten geschadet. Rund 18 Prozent jener WählerInnen, die bei der EU-Wahl 2004 für die SPÖ gestimmt haben, sind diesmal nicht zur Wahlurne geschritten. Vergleichsweise gering nehmen sich dazu die Abwanderungen zu anderen Parteien aus. Wie das Meinungsforschungsinstitut Sora erhoben hat, haben im Vergleich zu

2004 zwei Prozent der SPÖ-WählerInnen ÖVP gewählt, neun Prozent Hans-Peter Martin, die Grünen konnten ein Prozent der SPÖ-Stimmen lukrieren, die FPÖ drei und das BZÖ zwei. Das wichtigste Motiv für die SPÖ-WählerInnen war der Einsatz der Partei für Soziales und Arbeitsplätze, dahinter folgte das StammwählerInnenmotiv. Laut den MeinungsforscherInnen ist es aber der SPÖ nicht ausreichend gelungen, die EU-KritikerInnen in den eige-

nen Reihen zu mobilisieren. Am meisten Stimmen gewinnen konnte die SPÖ von den Grünen. Rund 11 Prozent der GrünwählerInnen von 2004 entschieden sich bei diesem Wahlgang für die Sozialdemokratie. Trotz des schlechten Wahlergebnisses für die SPÖ ist es erfreulich, dass nur wenige WählerInnen zur FPÖ gewechselt sind, nur drei Prozent der SPÖ-WählerInnen von 2004 entschieden sich diesmal für die FPÖ. ♦

EU-PARLAMENT

Leichtfried neuer Delegationsleiter

Nach der EU-Wahl werden auch die Karten in der SPÖ-Delegation im EP neu gemischt. Die Position des Delegationsleiters bekleidet zukünftig der Steirer Jörg Leichtfried.

Jörg Leichtfried ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments. Der 42-jährige hat sich in den letzten Jah-

ren vor allem mit den Bereichen Verkehr, Justiz und Tierschutz beschäftigt. Am 8. Juni wurde er in geheimer Wahl von seinen Fraktionskollegen zum Delegationsleiter gewählt. Er folgt somit Maria Berger nach, die als Richterin in den EuGH wechselt. Die stv. Delegationsleitung wird Evelyn Regner übernehmen, sie wird sich ebenfalls aktiv um die Koordination und Organisation der Delegation kümmern. „Ich freue mich auf die neue Herausforderung und ich bin überzeugt, dass wir mit dem neuen Team Vieles für Österreich auf europäischer Ebene erreichen können“, betont Leichtfried. Der EU-Abgeordnete Hannes Swoboda wird wieder für die Position des Vizepräsi-

denten der PES-Fraktion kandidieren. Laut Statut der PES-Fraktion ist die Trennung von Funktionen innerhalb einer Delegation und der Fraktion vorgesehen, weshalb Swoboda für die Delegationsleitung nicht zur Verfügung stehen kann. ♦

ZUM THEMA

Was macht ein Delegationsleiter?

Ein Delegationsleiter im EU-Parlament ist vor allem Koordinator. Gewählt wird er von den nationalen EU-Abgeordneten seiner Partei. Mit der Funktion ist Prestige und Einfluss innerhalb der Fraktion verbunden, aber kein höheres Gehalt. Denn der Delegationsleiter vertritt die EU-MandatarInnen seiner nationalen Partei innerhalb der viel größeren europäischen Fraktion.



SPÖ

Einer neuen Herausforderung stellt sich der EU-Abgeordnete Jörg Leichtfried. Er wird in den nächsten fünf Jahren die SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament leiten.

EU-WAHL

Europa – Quo Vadis?

Die europaweiten Ergebnisse der EU-Wahl haben gezeigt, dass Europa auf schwierige Zeiten zusteuert. Konservative und europafeindliche Kräfte wurden am 07. Juni gestärkt.

Das Ergebnis der EU-Wahl in Europa hat gezeigt, dass die sozialdemokratischen Parteien Europas ihre Botschaften, Konzepte und Ideen für ein gemeinsames und solidarisches Europa, klarer und deutlicher formulieren müssen. Der Fraktionschef der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parla-

wegen des Erstarkens europafeindlicher Kräfte, die, so Leinen, „ein lauterer und stressigeres“ Klima provozieren werden. Obwohl die PES weiterhin die zweitstärkste Kraft im Europäischen Parlament bleibt, ist der massive Verlust an Mandaten und die wachsende Kluft zu den Konservativen schmerzhaft. Selbst wenn der Lisbon-Vertrag noch in dieser Legislaturperiode ratifiziert werden, was eine Stärkung des Parlaments bedeuten würde, so wird eine Trendwende in der EU, wie sie sich viele Menschen wünschen, hin zu einer sozialen Union, wohl kaum zu erwarten sein.

Vranitzky-Kolloquium

Letzte Woche machte die wissenschaftliche Diskussionsreihe „Vranitzky-Kolloquium“ im gefüllten Kassensaal der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) halt. Dort diskutierten unter der Leitung von Raphael Sternfeld (WIWIPOL – Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik): Altbundeskanzler Franz Vranitzky, SPÖ-Europasprecherin Elisabeth Grossmann, Hans Rauscher (Der Standard), Herbert Krejci (Generalsekretär a.D., Industriellenvereinigung), sowie Thomas Hofer (Politikberater). Die Grundfrage der Diskussion, ob Europa sozialer werde, erübrigte sich angesichts der jüngsten EU-Wahlergebnisse. Schließlich ist, angesichts der großen Verluste sozialdemokratischer Parteien innerhalb Europas, wohl keine Trendwende hin zu einer Sozialunion zu erwarten. Der Abstand zwischen Konservativen und Sozialdemokraten hat sich sogar vergrößert. Alle TeilnehmerInnen waren sich einig, dass sich die Sozialdemokratie künftig bes-



Beim Vranitzky-Kolloquium wurde ebenfalls die Frage „Wird Europa sozialer?“ diskutiert.

„Die Arbeit in der europäischen Union wird für die Sozialdemokratie schwieriger.“
SPD-Europaabgeordneter Jo Leinen

ment, Martin Schulz aus Deutschland, ortet gar „eine krisenhafte Situation“ für die Sozialdemokratie in Europa. Sein Landsmann und Fraktionskollege Jo Leinen (SPD) ist der Meinung, dass „das Geschäft schwieriger wird“. Leinens Analyse zufolge vollzieht sich in Europa derzeit ein Rechtsruck, der klare Auswirkungen auf die künftige Politik der Europäischen Union haben wird. In der EU-Volksvertretung wird es mehr „Instabilität“ geben, nicht zuletzt

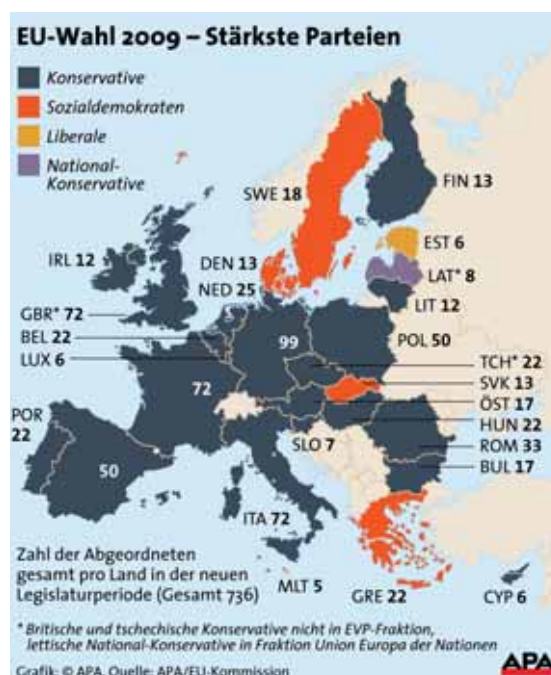
sere Kommunikationsstrategien überlegen muss, um die differenzierte, kritische Position zu einer EU, die den Binnenmarkt vor die Menschen stellt, klar zu machen.

„Differenzierte EU-Position besser unter die Leute bringen“

Für SPÖ-Europasprecherin Elisabeth Grossmann muss die Schwierigkeit, „eine differenzierte EU-Position besser unter die Leute zu bringen“, in Angriff genommen

„Ein klares Ja zum europäischen Einigungswerk, Nein zu Vielem, was falsch läuft.“

SPÖ-Europasprecherin Elisabeth Grossmann



Die EU-Wahl brachte eine Dominanz der Konservativen – es wird nun schwieriger, sozialdemokratische Anliegen umzusetzen.

werden. Grossmann unterstützt nach wie vor die kritische EU-Positionierung der SPÖ. Schließlich sei es keine ernstzunehmende Variante zu allem „Ja und Amen“ zu sagen, was in einer EU passiert, wo Konservative und Neoliberale Mehrheiten haben. Angesichts des Erstarkens rechter und extremer Parteien in Europa legte Grossmann dar, „dass jetzt besondere Bildungsarbeit, im Speziellen was das Fach Politische Bildung betrifft, gefordert ist.“ Zwar besuchte sie in den letzten Jahren viele Schuldiskussionen und ortete dabei reges Interesse junger Menschen an Politik, dennoch bedürfe es eines flächendeckenden Ausbaus des Unterrichtsfaches „Politische Bildung“ in Österreich. ♦

ARBEIT

EU-Zustimmung: Arbeitsmarkt wird erst 2011 geöffnet

Erfolg für Sozialminister Hundstorfer: Die Übergangsregelungen wurden bis 2011 verlängert. Die EU-Kommission zeigte Verständnis für Österreichs Bedenken gegen eine frühere Öffnung.



Zinner, Spiola

Sozialminister Hundstorfer kämpft innerhalb Österreichs Grenzen ebenso für die österreichischen ArbeitnehmerInnen, wie in der EU, wie SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits weiß.

„EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla hat die Verlängerung bis Ende 2011 akzeptiert. Der österreichische Standpunkt hat sich durchgesetzt.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Am Montag erhielt Sozialminister Rudolf Hundstorfer die freudige Nachricht: Der österreichische Arbeitsmarkt muss bis 30.4.2011 nicht geöffnet werden – die Übergangsregelung für die Oststaaten wurde verlängert. Österreich befürchtete durch die Öffnung des Arbeitsmarktes für die 2004 beigetretenen Länder schwere Störungen und suchte deshalb bei der EU-Kommission um die

„Das ist ein großer Erfolg zum Schutz der österreichischen ArbeitnehmerInnen.“

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits

Verlängerung an. Der Sozialminister machte deutlich, dass die geografische Nähe Österreichs und auch das unterschiedliche Lohnniveau zu den Oststaaten Arbeitsmigration massiv vorantreiben würde. Hundstorfer, der am Ministerrat für Beschäfti-

gung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz teilnahm, zeigte sich erfreut über die Entscheidung der EU-Kommission: „EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla hat die Verlängerung bis Ende 2011 akzeptiert. Der österreichische Standpunkt hat sich durchgesetzt.“

Geltend wird diese Regelung nun für die Länder Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Zypern und Malta. Den BulgarInnen und RumänInnen kann der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt bis spätestens 2014 verwehrt bleiben. SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits zeigte sich ebenfalls erfreut über das Ergebnis des Sozialministers beim Ministerrat in Luxemburg: „Das ist ein großer Erfolg zum Schutz der österreichischen ArbeitnehmerInnen.“

Keine Arbeitsmarktöffnung während der Krise

Bundeskanzler Werner Faymann spricht sich grundsätzlich für einen freien Arbeitsmarkt aus, betont jedoch: „Aber sicher nicht auf Kosten der Arbeitsmarktpolitik in unserem Land und schon gar nicht in Zeiten der wirtschaftlichen Krise.“ Obwohl sich die Lage des österreichischen Arbeitsmarktes im EU-Vergleich als weit besser erweist, ist

„Ein grundsätzlich freier Arbeitsmarkt ist wünschenswert, aber sicher nicht auf Kosten der Arbeitsmarktpolitik in unserem Land und schon gar nicht in Zeiten wirtschaftlicher Krise.“

Bundeskanzler Werner Faymann

die Situation dennoch angespannt. Im Mai waren rund 240.000 Menschen in Österreich arbeitslos, das sind knapp 19.000 weniger als im Vormonat. Das heißt die Arbeitslosigkeit sank von 7,1 auf 6,6 Prozent. Der Sozialminister machte klar, dass es zwar für eine Entwarnung viel zu früh sei, positive Signale dürfe man jedoch nicht übersehen. Dazu zählt etwa, dass seit Jahresbeginn 276.366 Menschen vom AMS vermittelt werden konnten. Auch ist die durchschnittliche Verweildauer in der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr mit rund drei Monaten kaum gestiegen.

Maßnahmen der Bundesregierung greifen

Mit der Reform der Kurzarbeit, der Erhöhung des Budgets für aktive Arbeitsmarktpolitik auf über eine Milliarde Euro, mit den Konjunkturprogrammen und der Steuerentlastung wurden viele Schritte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise gesetzt. Der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit zeige, dass diese raschen und wichtigen Maßnahmen auch greifen. Erfreulich ist auch, dass die „Aktion Zukunft Jugend“ des Sozialministers, die auf 19- bis 24-Jährige abzielt, im Mai 12.278 Jugendliche in Beschäftigung und 6.323 in Ausbildung bringen konnte.

Trotz der Krise sind zum Beispiel im Einzelhandel Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen. Auch wenn die Situation in Österreich weit weniger dramatisch als im Rest Europas ist, betonte der Kanzler: „Zufrieden sind wir erst, wenn es in eine andere Richtung geht.“ ♦

BILDUNG

UG-Novelle: SPÖ sorgt für Verbesserungen für Studierende

Der Entwurf zur Novelle des Universitätsgesetzes (UG) trägt in wesentlichen Punkten klare sozialdemokratische Handschrift – davon profitieren die Studierenden enorm.

Im Vergleich zum ursprünglichen Begutachtungsentwurf weist der jetzige Entwurf viele Verbesserungen auf: So hat die SPÖ erfolgreich für eine „faire Studieneingangs- und Orientierungsphase“ ohne Knock-Out-Prüfungen gekämpft, die „ausdrücklich nicht als quantitative Zugangsbeschränkung dient sowie Teil des

gen Universität berechtigt. Und es kommt dank der SPÖ zu klaren Verbesserungen der Studienbedingungen (Coaching und Mentoring in der Studieneingangsphase, mehr Angebote für berufstätige Studierende). Weitere Vorteile sind die 40-Prozent-Frauenquote in allen Unigremien und der Erhalt der zentralen Rolle des Senats bei der RektorInnenwahl.

„In der jetzigen UG-Novelle ist die sozialdemokratische Handschrift deutlich ablesbar.“

**SPÖ-Wissenschaftssprecherin
Andrea Kuntzl**

ordentlichen Studiums und damit keine Zulassungsvoraussetzung“ ist, so SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl. Festgelegt wurde weiters, dass die Absolvierung eines Bachelorstudiums zur unmittelbaren Zulassung zu mindestens einem facheinschlägigen Studium an der jeweili-

Standardisierte Matura: Schmied und Kuntzl erwarten Ja von ÖVP

Die bei der UG-Novelle noch bestehenden offenen Punkte könnten bis nächste Woche geklärt werden, zeigte sich Kuntzl optimistisch, die – so wie Bildungsministerin Claudia Schmied – jetzt von der ÖVP mehr „Bewegung in der Verhandlungsbereitschaft“ zur standardisierten Matura erwartet. Denn es gibt einen engen inhaltlichen Zusammenhang zwischen beiden Materien. Schließlich geht es bei der stan-



Wilke

Hat erfolgreich für die Verbesserungen der Studienbedingungen gekämpft: SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl.

dardisierten Matura „um die Qualitätssicherung der Zugangsvoraussetzungen für die Unis“, so Kuntzl, die es unterstützt, dass die UG-Novelle mit 1. Oktober in Kraft tritt. ♦

VERKEHR

Mehr Sicherheit auf Österreichs Straßen

Das Verkehrssicherheitspaket von Bundesministerin Bures hat soeben den Ministerrat passiert und wird mit 1. September 2009 in Kraft treten. Die Maßnahmen sollen die Sicherheit auf Österreichs Straßen erhöhen.



„Hier sind uns wichtige und richtige Schritte für mehr Sicherheit auf Österreichs Straßen gelungen“, so Verkehrsministerin Doris Bures über das kommende Verkehrssicherheitspaket.

Unter anderem sind höhere Strafen für RaserInnen und längere Führerscheinentzugszeiten für HochrisikolenkerInnen vorgesehen. Bei ei-

ner Geschwindigkeitsübertretung von über 30 km/h wird künftig mit einer Mindeststrafe von 70 Euro zu rechnen sein. Bei noch höherer Übertretung (40 km/h im Ortsgebiet und 50 km/h außerorts) wird eine Strafe von mindestens 150 Euro zu bezahlen sein. Außerdem wird der Führerschein zwei Wochen lang abgenommen. Auch AlkoholenkerInnen werden künftig tiefer in die Ta-

sche greifen müssen. Beispielsweise wird künftig zwischen 1,2 und 1,6 Promille eine Verwaltungsstrafe von 1.200 bis 4.400 Euro eingehoben und der Führerschein für mindestens vier Monate entzogen. Auch die Strafhöhen für Geschwindigkeitsübertretungen auf der Autobahn werden angehoben. Eine Vereinheitlichung der Mopedausbildung, sowie verpflichtende Kindersicherungsseminare bei Verstößen gegen die vorgeschriebene Sicherung von Kindern werden ab September 2009 kommen. Eine Grundlage für Verkehrsscoachings bei einem Alkoholdelikt über 0,8 Promille wurde ebenso erarbeitet. All diese Maßnahmen sollen die österreichweite Unfallprävention forcieren und Österreichs Straßen sicherer machen. ♦

BILDUNG

Verpflichtendes Kindergartenjahr kommt

Bund und Länder setzen gemeinsam das verpflichtende Kindergartenjahr um und ermöglichen damit allen Kindern den Bildungszugang.



Ab spätestens Herbst 2010 sollen alle 5-Jährigen in den Kindergarten gehen können.

Das verpflichtende, letzte und kostenlose Kindergartenjahr ist so gut wie sicher. Alle Länder haben die 15a-Regelung bereits unterschrieben, nun fehlt nur mehr der Beschluss des Na-

tionalrates, der noch vor dem Sommer fallen soll. Damit wird eine zentrale Forderung der SPÖ, die auch Eingang in das Regierungsprogramm gefunden hat, umgesetzt. Mit der Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres wird ein wichtiger Schritt in Richtung Chancengleichheit gesetzt, wie auch SPÖ-Familien-sprecherin Gabriele Binder-Maier betonte: „Wir sichern den Kindern österreichweit einen sicheren und guten Start in die Schulzeit.“ Denn der Kindergarten ist nicht nur eine notwendige Kinderbetreuungseinrichtung, sondern vor allem auch eine Bildungseinrichtung, auf die alle Kinder ein Recht haben. Damit sind allen Kindern die gleichen Chancen und der gleiche Bildungsstand für den Schulstart garantiert.

Mindestens 16 Stunden im Kindergarten

Konkret wurde nun eine Besuchspflicht von 16 bis 20 Stunden an mindestens vier Tagen pro Woche vereinbart. Wo die notwendigen Kindergartenplätze für die Fünfjährigen schon vorhanden sind, tritt das verpflichtende Kindergartenjahr bereits im Herbst 2009 in Kraft. Spätestens im Herbst 2010 muss dies überall umgesetzt sein. Dafür stellt der Bund 2009 und 2010 jeweils 70 Millionen Euro zur Verfügung, für 2011 bis 2013 ist noch einmal derselbe Betrag vorgesehen. Gratis ist das verpflichtende Kindergartenjahr bundesweit am Vormittag, die Kosten für die Nachmittagsbetreuung hängen von den Ländern ab. Binder-Maier unterstrich auch die positive Wirkung auf die Erwerbstätigkeit der Frauen. So werden viele zusätzliche Jobs für Frauen geschaffen und es können – aufgrund der gesicherten Kinderbetreuung – auch viel mehr Frauen erwerbstätig sein. ♦

INTERVIEW

„Wünsche mir, dass mehr Väter in Karenz gehen“

Frauenministerin Heinisch-Hosek kann sich bereits über zahlreiche Errungenschaften für die Frauen freuen. Doch es gibt noch einiges zu tun, etwa bei der Väter-Karenz.

SPÖ Aktuell: Was bedeutet das verpflichtende Gratis-Kindergartenjahr für die österreichischen Familien?

Gabriele Heinisch-Hosek: Für die Familien bedeutet dies eine wichtige Maßnahme, um Beruf und Familie leichter vereinbaren zu können. Gerade für Frauen ist eine qualitativ hochwertige und gesicherte Kinderbetreuung eine wesentliche Voraussetzung, um überhaupt erwerbstätig sein zu können. Für die Kinder bedeutet das verpflichtende Kindergartenjahr, dass sie alle die gleichen Chancen beim Schulstart haben.

In der laufenden Legislaturperiode konnten schon zahlreiche Verbesserungen für Frauen erreicht werden. Können Sie einige erläutern?

Heinisch-Hosek: Neben dem verpflichtenden Kindergartenjahr bringen die Ab-

setzbarkeit der Kinderbetreuungskosten, sowie die Steuerentlastung wesentliche Verbesserungen für Frauen. Dadurch können Frauen leichter erwerbstätig sein, werden finanziell entlastet und sind unabhängig. Mit dem einkommensabhängigen Kindergeld, das bis 1.1.2010 auf Schiene gebracht werden soll, wollen wir die Väter-Beteiligung fördern. Ich würde mir wünschen, dass künftig jeder fünfte Vater für mindestens zwei Monate in Karenz geht.

Bei der Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten gab es Meinungsverschiedenheiten zur ÖVP in Sachen Ausbildung. Konnte eine Einigung erzielt werden?

Heinisch-Hosek: Ja, ich konnte mich mit Staatssekretärin Marek einigen. Eine jugendliche Betreuungsperson zwischen 16 und 21 Jahren braucht nun eine 16-stündige Ausbildung, damit die Kosten abge-



APA/Neubauer

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek strebt an, dass 20 Prozent der Männer die Väterkarenz wahrnehmen.

setzt werden können. Anfänglich wurde von acht Stunden gesprochen, das war mir zu wenig. Ich bin der Meinung, dass junge BabysitterInnen mehr Ausbildung brauchen, das dient zum Schutz der Kinder, aber auch der BabysitterInnen selbst. ♦

Erzählung

Alice

Erfolgsautorin Judith Hermann legt ihren neuen Erzählungsband „Alice“ vor – ein stilles und berührendes Buch über Abschiede.

Mit „Sommerhaus, später“ hat sich 1998 eine neue, junge Stimme in der Literatur zu Wort gemeldet. Schnell wurde die Berliner Autorin Judith Hermann als Shootingstar in der deutschen Literatur gehandelt. Jetzt legt Hermann ihr neues Buch vor – mit einer beeindruckenden Startauflage von 100.000 Exemplaren. Es sind fünf Geschichten vom Sterben, vom Abschied-Nehmen und Zurückbleiben. Allen Episoden gemeinsam ist die Protagonistin Alice, die Freunde, ehemalige Lieben, Verwandte

und einen Lebensgefährten verliert. Gleich die erste und längste Geschichte „Micha“ gibt die Richtung vor und schlägt den bekannten Hermann-Sound an. „Aber Micha starb nicht“, so lautet der lakonische erste Satz des Buches, das auch davon handelt, wie sich das ganze Leben ändert, wenn jemand geht, der einem nahe ist. Hermann erzählt mit fester und berührender Stimme, wie Lebenswege sich kreuzen, die Richtung ändern und unwiederbringlich auseinandergeführt werden. ◆

Sachbuch

Sozialismen

Ein Buch, das sich mit Entwicklungsmodellen beschäftigt, die Gesellschaftsveränderung mit sozialistischen Ansprüchen umzusetzen versuchten.

Ausgewiesene ExpertInnen, SoziologInnen und PolitikwissenschaftlerInnen analysieren, unter welchen Bedingungen die sozialistischen Ansätze abseits kapitalistischer Marktlogik entstanden, wie ökonomische und soziale Entwicklungen vorangetrieben und umgesetzt wurden und inwieweit emanzipatorische Ansprüche eingelöst wurden. Die AutorInnen gehen auch der Frage nach, welche gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Verände-

rungen möglich waren und woran diese Versuche im 20. Jahrhundert scheiterten. Neben bekannten Ansätzen sozialistischer Entwicklung fließen auch solche in den Band mit ein, die in der aktuellen Diskussion kaum mehr präsent sind, wie z.B. der „demokratische Weg zum Sozialismus“ der Unidad Popular in Chile. Verglichen und vorgestellt werden aber auch unterschiedliche Sozialismus-Praxis und ihre theoretisch-konzeptionellen Begründungen. ◆

Astronomie

Helden des Himmels

Christian Pinter unternimmt Streifzüge durch die Welt der Astronomie – vom Altertum bis heute.

Wie kamen Löwe, Jungfrau und Waage an den Himmel? Wieso verheimlichen Klosterchroniken die unübersehbaren Supernovae des 11. und 12. Jahrhunderts? Und was haben die Hundstage mit der römischen Astronomie zu tun? Wissenschaftspublizist Christian Pinter erzählt faszinierende Geschichten aus der Welt der Astronomie: Etwa, wie eine Mondfinsternis Columbus das Leben rettete und ihn in seinem Irrglauben bestärkte, Indien erreicht zu haben. Oder wie eine Wette in einem Lon-

doner Wirtshaus Isaac Newton veranlasste, eine ganz neue Physik zu entwickeln. Christian Pinter erzählt von den Geschichten, mit denen die Menschen die Himmelslichter umrankten – vor allem aber die Geschichte jener, die den Aufbau des Alls ergründeten. Vor 400 Jahren hat Johannes Kepler seine beiden ersten Planetengesetze formuliert. Und im selben Jahr begann Galileo Galilei, mit seinen Fernrohrbeobachtungen das damals gültige Weltbild zu erschüttern. ◆

☐ Stk.


Judith Hermann:

Alice.

Verlag S. Fischer,
Frankfurt am Main 2009;
192 S., 19,50 €

☐ Stk.


Becker, Weissenbacher (Hrsg.):

Sozialismen.

**Entwicklungsmodelle von
Lenin bis Nyerere.**

Promedia, Wien 2009;
240 S., 24,90 €

☐ Stk.


Christian Pinter:

Helden des Himmels.

Verlag Kremayr & Scheriau,
Wien 2009;
222 S., 22,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



NIEDERÖSTERREICH

Gebrauchsabgabe: 26,5 Mio. Euro für NÖ-KonsumentInnen



In NÖ wird die Abgabe für Gas und Strom von den Gemeinden eingehoben, in Wien ist sie Teil der Stromrechnung. Viele Menschen aus NÖ beziehen Strom und Gas von Wien Energie und werden so doppelt belastet, das befand das Höchstgericht. Dank LHStv. Sepp Leitner wurde eine Einigung erreicht.

„Ich freue mich für die Familien und Unternehmen in Niederösterreich über die Einigung, die wir jetzt in konstruktiven Gesprächen erreicht haben“, berichtet der für KonsumentInnenschutz zuständige LHStv. Sepp Leitner über den Abschluss seiner Verhandlungen mit den Verantwortlichen des Stromversorgers: Der oberste Gerichtshof urteilte, dass rund 370.000 Haushalten und Unternehmen in NÖ drei Jahre lang die Gebrauchsabgabe doppelt verrechnet wurde. Wien Energie wird dieses Geld allen



SPÖ NÖ

LHStv. Sepp Leitner setzt sich ein und durch: Millionen Euro zurück für die NiederösterreicherInnen.

Betroffenen zurückerstatten. „26,5 Millionen Euro werden den NÖ-KundInnen zurückerrechnet“, so Leitner.

Er dankte den Verantwortlichen bei der Wien Energie dafür, dass so rasch eine Lösung gefunden werden konnte: „Die

„Die Familien und Betriebe in Niederösterreich dürfen nicht Opfer einer Doppelbesteuerung werden.“

LHStv. Sepp Leitner

Familien und Betriebe in Niederösterreich dürfen nicht Opfer einer Doppelbesteuerung werden. Ich bin im Sinne der Betroffenen erleichtert, dass dieser jahrelange Rechtsstreit mit gutem Willen und positivem Gesprächsklima beendet werden konnte.“

Jetzt geht es darum, den KundInnen die unzulässig verrechnete Abgabe rasch und unkompliziert zurückzubezahlen. Die Gespräche der ExpertInnen der AKNÖ mit den Verantwortlichen der Wien Energie laufen an. Leitner ist zuversichtlich, dass mit Unterstützung der AKNÖ bald eine kundInnenfreundliche Lösung kommt. ♦

STEIERMARK

„Graz liegt gut!“



Auf der Passamtswiese in Graz stehen Liegestühle, Sonnenschirme und Spiele erstmals zum kostenlosen Verleih zur Verfügung.

LHStv. Kurt Flecker und die Grazer Stadträtin Elke Edlinger machen's möglich: In den Sommermonaten heißt es im Grazer Stadtpark „Graz liegt gut!“. Auf der Passamtswiese werden ab der zweiten Juli-Woche erstmals Liegestühle, Sonnenschirme und Spiele kostenlos zum Verleih angeboten. Die Liegestühle und Sonnenschirme werden über den Verein „heidenspass“ von Jugendlichen produziert, die nuschwer am Arbeitsmarkt Fuß fassen und die Durchführung und Betreuung des Verleih-Standes übernimmt der Verein ERfA, der Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit unterstützt. Die Kombination eines attraktiven Freizeitangebots und des beschäftigungspolitischen Aspekts machen das Projekt so besonders. ♦



SPÖ Steiermark

LHStv. Kurt Flecker und die Grazer Stadträtin Elke Edlinger sind erfreut über den beschäftigungspolitischen Aspekt von „Graz liegt gut!“

TIROL

Info-Zentrum für Tirols größtes Naturschutzgebiet



LHStv. Hannes Gschwentner eröffnete das Naturparkhaus Hinterriss – ein modernes Info-Zentrum für Gäste und Einheimische.

Das neue, moderne Gebäude im Naturschutzgebiet Alpenpark Karwendel – das mit 730m² größte Naturschutzgebiet Tirols – wurde von Naturschutzreferent LHStv. Hannes Gschwentner feierlich eingeweiht. Das Gebäude wird zukünftig Ausgangspunkt für fixe Wanderungen mit NaturparkführerInnen und ExpertInnen sein, für Vorträge genutzt werden und stellt eine wichtige Infrastrukturmaßnahme für Hinterriss dar. Weiters erhalten die jährlich rund 200.000 BesucherInnen des Alpenparks kompetente Auskünfte über Wanderungen sowie über naturkundliche Besonderheiten und die Verhaltensregeln im Naturschutzgebiet. ♦



SPÖ Tirol

LHStv. Hannes Gschwentner bei der feierlichen Eröffnung des modernen Info-Zentrums.

KINDERFREUNDE

Sommerzeit – Ferienzeit mit den Kinderfreunden!



Bilderbox



Seit Jahrzehnten veranstalten die Kinderfreunde als Österreichs größte Familien- und Kinderorganisation tolle Feriencamps und Kinderurlaubsreisen im In- und Ausland.

Ein vielfältiges Angebot wie zum Beispiel Ferien am See, auf Burgen oder in Zelten garantieren, dass keine Langeweile aufkommt. Nicht wegzudenken sind die themenspezifischen Angebote der Kinderfreunde: Diätferien, Sportcamps mit Reiten, Tauchen, Tennis, Surfen, Segeln, Fußball oder Detektiv- und Zauberferien, Mu-

sik- sowie Erlebniscamps mit Outdoor-spaß. Selbstverständlich gibt es auch Ferien am Meer – in Italien, Kroatien oder Slowenien. Sprachferien in Malta und England, bei denen die Kids ihr Englisch verbessern können, stehen ebenso am Programm wie Lernferien im Inland. Speziell geschulte BetreuerInnen bieten den Kindern und Jugendlichen erlebnisreiche, entspannte Ferienwochen – einfach eine unvergessliche Zeit. ♦

INFO

Anmeldung: www.kinderfreunde.at oder telefonisch bei Ihrer Landesorganisation!

Wien: 01 / 408 38 38
Burgenland: 02682 / 775-262
Salzburg: 0662 / 45 54 88
Kärnten: 04254 / 500 34
Steiermark: 0316 / 82 55 12-22
NÖ: 02742 / 22 55-500
Tirol: 0512 / 58 03 20

KÄRNTEN

Günther Goach als AK-Präsident wiedergewählt



Mit überwältigender Mehrheit, nämlich mit 69 von 70 Stimmen, wurde der Kärntner Arbeiterkammerpräsident Günther Goach (FSG) in seinem Amt bestätigt.

Bei den AK-Wahlen konnte die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter 66,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Nach seiner Wiederwahl tritt Goach jetzt seine zweite Amtsperiode als AK-Präsident an. Mit Arnold Auer, Siegfried Garber und Gerald Loidl wurden auch die drei Vizepräsidenten gewählt, die ebenfalls der FSG zustehen. ♦



Fritzpress

Zum AK-Präsidenten wiedergewählt: Günther Goach bei der Angelobung durch Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

NEUBASIS

Hilfe vor Ort



Mit einer neuen Initiative setzt die SPÖ ihre Arbeit in den Gemeindebauten fort.

Im Polycollege in Wien Margareten fand deshalb eine Beratungsaktion statt. Die neubASIS, der BSA-Margareten, die GPA, die Mietervereinigung sowie die Bezirksorganisation der SPÖ Margareten kooperierten bei der Organisation dieser Veranstaltung. Dabei sind vor allem Informationen zum Arbeits-, Miet- und Familienrecht kostenlos angeboten worden. Auch wer mit seiner Steuererklärung Schwierigkeiten hatte, konnte sich bei diesem Termin helfen lassen. Zudem bestand die Möglichkeit, Fragen an BezirksrätInnen zu stellen. Diese Beratungsaktion stellt nur den Beginn einer Reihe solcher Veranstaltungen dar. Sie wurden von der „neubASIS“ dem Netzwerk der Jungen im BSA initiiert. ♦



BSA

„Mein Ansatz ist, dass ich nicht nur inhaltliche Diskussionen führen, sondern auch die Wissensressourcen des BSA zur Verfügung stellen will“, erklärt Christoph Lipinski, der Vorsitzende der neubASIS.



Vorrang für Soziales

Das Europäische Parlament wird konservativer – kein gutes Signal für die ArbeitnehmerInnen. Eine starke Stimme für das soziale Europa ist deshalb notwendiger denn je.



Bilderbox

Der gemeinsame Binnenmarkt ist nun weitgehend geschaffen – jetzt muss er endlich sozial gestaltet werden! Diese soziale Gestaltung wird ganz entscheidend vom neuen EU-Parlament mitbestimmt. Ob Regulierung von Hedgefonds oder eine effektive Finanzmarktaufsicht, die Weichen werden in der EU gestellt. Die europäischen Gewerkschaften haben schon lange begriffen, dass am Europäischen Parlament kein Weg vorbeiführt und vertreten die Interessen ihrer Mitglieder auch und gerade in Brüssel.

Diese Arbeit wird für die Gewerkschaften in Zukunft jedoch schwieriger werden. So haben sich in der abgelaufenen Periode gerade die sozialdemokratischen EU-Abgeordneten (und ganz besonders jene der SPÖ) stets als verlässliche Partner im Kampf gegen ein Europa der

Konzerne und für die Interessen der ArbeitnehmerInnen erwiesen. Gerade erst im Dezember haben die PES-MandatarInnen gegen die Verschlechterung der EU-Arbeitszeitrichtlinie gestimmt, während sich die Europäische Volkspartei mit großer Mehrheit dafür einsetzte, bestehende Missbrauchsmöglichkeiten in der Richtlinie beizubehalten. Jetzt plant die EU-Kommission einen neuen Anlauf zur Änderung der Richtlinie. Für die Gewerkschaften eine große Herausforderung, auch im neu gewählten EU-Parlament die Interessen der ArbeitnehmerInnen durchzusetzen. Dabei zählen wir auf das neue Team der SPÖ im EU-Parlament. ♦

Die Gewerkschaften haben bereits längst erkannt, dass im Kampf um Arbeitsplätze und für Soziales das Europäische Parlament ein wichtiger Partner ist.

„Die sozialdemokratische Agenda für Europa bleibt grundsätzlich richtig: Wir brauchen endlich einen Vorrang von sozialen Grundrechten vor den wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarktes.“

Österreich war diesmal keine Insel der Seeligen, sondern liegt voll im europäischen Trend: In den meisten Mitgliedstaaten konnten sich die Konservativen behaupten, während SozialistInnen und SozialdemokratInnen zum Teil deutliche Stimmenverluste hinnehmen mussten. Dies erscheint auf den ersten Blick absurd: Gerade in einer Zeit der tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise werden jene gestärkt, die die langjährigen Forderungen von Gewerkschaften und So-

zialdemokratie nach einem Ende des Kasino-Kapitalismus ablehnten und eine wirkliche Regulierung der Finanzmärkte blockierten. Dennoch ist es nicht gelungen, diese Wahlen zu einer Richtungsentscheidung darüber zu machen, wohin sich Europa politisch bewegen soll. Die EU-Wahlen wurden in den meisten Mitgliedstaaten wieder einmal überwiegend von nationalen Themen dominiert.

Gerade deswegen darf das Wahlergebnis aber nicht als Absage an die Idee eines sozialen Europas verstanden werden. Die sozialdemokratische Agenda für Europa bleibt grundsätzlich richtig: Wir brauchen endlich einen Vorrang von sozialen Grundrechten vor den wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarktes. Europa braucht starke soziale Standards, damit Lohn- und Sozialdumping verhindert werden. Kurz gesagt:

Oliver Röpke ist Leiter des ÖGB-Europabüros in Brüssel.

TERMINKALENDER

Donnerstag, 18. Juni 2009

Tag der Offenen Tür der Beratungsstelle FAIR Amstetten

Die Beratungsstelle FAIR wurde von der Volkshilfe Österreich ins Leben gerufen, um Menschen mit Flüchtlings-, Asyl- oder Migrationshintergrund bei Integrationsfragen und am Arbeitsmarkt zu unterstützen. FAIR trägt so dazu bei, Vorurteile und kulturelle Unterschiede zu überwinden und das Zusammenleben der Menschen zu verbessern. Am Tag der Offenen Tür können sich BesucherInnen über die Beratungsstelle informieren. Es findet eine offene Gesprächsrunde statt, wo Meinungen und Erfahrungen ausgetauscht werden. Gesprächspartner: SPÖ-Nationalratsabgeordnete und Vorsitzende der Volkshilfe Amstetten Stadt, Ulrike Königsberger-Ludwig, FAIR-Leiterin Verena Fabsits, SPÖ-Landesrätin Karin Scheele und SPÖ-Vizebürgermeisterin von Amstetten, Ursula Puchebner.

Beginn: 9.30 bis 13 Uhr
Beratungsstelle FAIR

Wienerstraße 49
3300 Amstetten

Lichterkerette ums Parlament

Die Volkshilfe Österreich unterstützt die Aktion "Lichterkerette ums Parlament". Österreich 2009: Wahlkämpfe mit Hetzplakaten an jeder Straßenecke, gezielte Fehlinformationen durch rechte Parteien und manche Medien, rechtsextreme Burschenschaftler in hohen Ämtern und Institutionen,

tätliche Angriffe auf KZ-Opfer ... alles ganz normal?

Menschenverachtung und Diskriminierung sind nicht normal. Die Volkshilfe ruft auf: Setzen wir gemeinsam ein starkes Zeichen für ein respektvolles Miteinander, für menschenwürdige Behandlung aller Mitmenschen, für Freude an Vielfalt statt Abkapseln in Einfalt, für Zivilcourage statt Wegschauen, für ehrliche Diskussionen statt Propagandalügen durch eine Protestaktion mit anschließender Lichterkette um das Parlament. Es wird vor dem Parlament ein Programm mit Musikgruppen und Redebeiträgen geben. Anschließend wird das Parlament umkettet. Tropicfree Fackeln werden zur Verfügung gestellt.

Beginn: 19 Uhr

Vor dem Parlament

Dr. Karl-Renner-Ring 3
1010 Wien

Sonntag, 21. Juni

SPÖ Bundesfrauenkonferenz

Am 21. Juni findet die Bundesfrauenkonferenz in Linz unter dem Motto: „Mit der Kraft der Frauen: Stark. Selbstbewusst. Entschlossen“ statt. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek stellt sich der Wahl zur SPÖ-Bundesfrauenvorsitzenden. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer übergibt ihr damit den Vorsitz der SPÖ Frauen, den sie seit April 1997 innehat. Am Programm stehen Grußworte von Bundeskanzler Werner Faymann, dem öö. SPÖ-Landespartei-vorsitzenden Erich Haider, der öö. SPÖ-Landesfrauenvorsit-

zenden Sonja Ablinger und der Linzer SPÖ-Frauenvorsitzenden Karin Hörzing. Am Nachmittag findet neben der Wahl zur Bundesfrauenvorsitzenden ein Internationaler Talk mit der Vorsitzenden der Sozialistischen Fraueninternationale Pia Locatelli, und den SIW-Vizepräsidentinnen Antagoni Karali Dimitriadi (Griechenland) und Mirjana Ferić-Vac (Kroatien) statt. Für das künstlerische Rahmenprogramm sorgen die Sängerin Celia Mara, Slam-Poetin Mieke Medusa sowie die Trommlerinnen um Anna-Amelie Jungwirth.

Anmeldung bis spätestens 18. Juni 2009: unter frauen@spoe.at; Tel.: 01/53427-272
Gastkarten werden zugesandt

Beginn: 10.00 Uhr
(Einlass 9.00 Uhr)

Design Center Linz
Europaplatz 1,
4020 Linz

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18
Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz, Martin Oppenauer, Susanne Vockenhuber, Fabian Max Wallner, Sabine Weinberger
Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion:
Emil Goldberg, Coverfoto: Fotolia
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka,
Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH,
1014 Wien, Löwelstraße 18
Hersteller: Leykam Druck, Wr. Neustadt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at
Homepage: www.spoe.at

LESERINNENBRIEFE

Verlängerung des Sicherungseinsatzes durch das Bundesheer

Die durch den Bundeskanzler Werner Faymann und Verteidigungsminister Norbert Darabos angekündigte Verlängerung des Assistenzeinsatzes an den Ostgrenzen durch das Bundesheer ist eine für die Sicherheit der BewohnerInnen in diesen Bundesländern notwendige Entscheidung, um den sogenannten „Kriminaltourismus“ einzudämmen. Weiters ist dieser Sicherungseinsatz eine Herausforderung für den Grundwehrdiener und jungen Kadersoldaten, für die Sicherheit der Bevölkerung der Bundesländer Burgenland und Teilen Niederösterreich verantwortlich sein zu dürfen.

Helmut Huber, Vizeleutnant,
Hillerkaserne

SPÖ hat die richtigen Lösungen zur Wirtschaftskrise

Ich komme aus einer Region, in der die Wirtschaftskrise besonders zu spüren ist und bin in meinem näheren Umfeld auch selbst davon betroffen. Immer kleiner werdende Anteile der Löhne am Volkseinkommen stehen einer immer größeren Ungleichverteilung der Steuerlast entgegen. Die größer werdende Ungleichverteilung ist also ein soziales Problem, dem Einhalt geboten werden muss. Die Regierung Faymann hat bereits die wichtigen ersten Schritte dazu getan. Die Arbeitsmarktpolitik und Investitionen in Ausbildung, Jobgarantie für junge Menschen sind hier nur einige wenige Schlagwörter. Die Regierung ist aber noch weiterhin gefordert, der Wirtschaftskrise gegenzusteuern und Maßnahmen für gerechte Verteilung und mehr Wirtschaftswachstum zu setzen.

Martin Hutter, Graz

Radikalisierung der Politik – SPÖ der einzige Gegenpol!

Letzte Woche war ich am Viktor-Adler-Markt einkaufen. Ich wusste nicht, dass hier die Abschlussveranstaltung zur EU-Wahl der FPÖ stattfand. Mit Erschauern muss ich feststellen, wohin die politische Kultur abdriftet. Eine Hundertschaft von Polizisten sicherte die Veranstaltung, wo HC Strache seine populistischen und im rechten Eck angesiedelten Tiraden zum Besten gab. Mir wurde dabei angst und bange. Kahlköpfige Jugendliche feierten HC Strache wie einen Popstar. Aber keine Partei außer der SPÖ kritisierte den politischen Stil der FPÖ – und als Dank dafür verlor die SPÖ die EU-Wahl. Wohin geht die politische Kultur in diesem Lande?

Anna Fink,
1110 Wien

BESTELLEN SIE JETZT IHR JAHRRESABO



Aktuelle Informationen Hintergrundberichte Analysen

Bestellen Sie Ihr Abo per Telefon unter 0810-810-211, über Internet: www.spoe.at
oder schreiben Sie uns: SPÖ Aktuell, Löwelstr. 18, 1014 Wien